

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitag. Abonnementspreise: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktorienstraße 25. Verlag: Otto Siller, Berlin N. 28. Telefon: Amt Norden, 5246. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Schkendits, Auguststraße 8. — Redaktionsschluß: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Preizelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Verlassanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beträge nach Übereinkunft.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Industrieentwicklung und Arbeiterlage. Rundschau. Genossenschaftliche Monatsschau. Vom Tiernemischen zum Kulturmenschen, III. Zivilprozeß und Strafprozeß. Adressen-Änderungen. — **Allgemeines:** Die Arbeitslage im polygraphischen Gewerbe im Jahre 1912. Die Berliner Handelskammer und das graphische Gewerbe im Jahre 1912. Gauting in Würzburg. Ortsberichte: Barmen, Leipzig. — **Der Lithograph:** Heimarbeit von Beamten in der Kartographie. — **Photograph. Mitarbeiter:** Aus den Sektionen: Stuttgart. — **Die Tapetenbranche:** Vom Kartell der Tapetenfabrikanten. Aus den Sektionen: Frieda a. d. W. — **Feuilleton:** Vom Büchertisch. — **Anzeigen** (mit Totenliste).

Bekanntmachungen.

Tarifamt für Deutschlands Chemigraven und Kupferdrucker.

In das Verzeichnis der tariffreien Anstalten ist nachzutragen die Firma Amerikanische Cliché-Company in Hamburg. Berlin, den 20. Mai 1913.

Industrieentwicklung und Arbeiterlage.

Die bürgerliche Gesellschaft hat sich an den Anblick des sozialen Elends und der unsozialen Lage der Arbeiter so sehr gewöhnt, daß sie diese unmenschlichen Zustände gar nicht als unhaltbar und unzulänglich empfindet. Die besitzenden Klassen haben es auch verstanden, eine trennende Scheidewand zwischen sich und die Nichtbesitzenden zu bringen. Sie meiden geflissentlich die Wohnstätten der ärmeren Volkskreise, doch können sie nicht die Dienste und die Arbeitskraft dieser Volkskreise entbehren. Die Kluft zwischen den Besitzenden und Nichtbesitzenden hat sich vertieft, trotzdem die Entwicklung unsres Wirtschaftslebens machvoll fortgeschritten ist. Der Eigentumsbegriff der kapitalistischen Gesellschaft gestattet es eben den besitzenden Klassen, die ärmeren Volksklassen von der Nutznießung des vollen Anteils am Arbeitsertrage und am Leben auszuschließen. Das kapitalistische Lohnsystem gewährt den arbeitenden Klassen kaum soviel vom Ertrage der Arbeit, als zur Fristung des Lebens unbedingt notwendig ist. Für den Arbeiter bleibt von dem Ertrage der Arbeit gerade so viel übrig, als er braucht, um seine Arbeitskraft ergänzen und immer wieder für andere arbeiten zu können. Das ist das Elend der Massen, daß dieser Zustand unter der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung fort dauert, trotzdem die Wirtschafts- und Produktionsgewinne immer größer werden und einen immer reicheren Segen über die Kapitalisten ausschütten. Der gewaltige Aufschwung unsres Wirtschaftslebens hat den Arbeitern keinen Nutzen gebracht, der es ihnen gestattete hätte, ihren Lebensstand soweit zu verbessern, um nicht nur arbeiten und entbehren zu müssen, sondern auch genießen und sich des Lebens freuen zu können.

Zwar verweist das Bürgertum die Arbeiter immer wieder auf die eingetretenen Lohnerhöhungen als Beweis dafür, daß sich ihre Lage ganz bedeutend verbessert habe. Es wäre

allerdings schlimm genug, wenn sich bei aller Reichtumsaufhäufung der besitzenden Klassen und bei dem gewaltigen Aufschwung der Industrie das Elend der Massen noch gesteigert hätte. Aber die unzulänglichen Lohnerhöhungen fallen gegenüber der ungeheuren Ansammlung von Kapital in wenigen Händen umso weniger ins Gewicht, als sie durch die zunehmende Verteuerung des Lebensunterhaltes durch Lebensmittel- und Wohnungsnot mehr als ausgeglichen werden. Das hält aber die Verteidiger der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht ab, immer wieder von einer allgemeinen Wohlstandsentwicklung zu reden, an der auch die Arbeiter in gleichem Maße Anteil genommen hätten, wie das Bürgertum, und ein Regierungsorgan, die »Norddeutsche Allgemeine Zeitung«, führt neuerdings gar ziffernmäßige Belege der industriellen Entwicklung an, um damit diese kühne Behauptung plausibler zu machen. Die Entwicklung der Montan- und Eisenindustrie, die der Steinkohlenförderung marschiert auf und gibt dem Regierungsorgan den Mut zu folgenden Behauptungen:

»Der gewaltige Aufschwung unsrer Industrie hat nicht nur den Arbeitgebern Nutzen gebracht, sondern in gleichem Maße (!) auch den Arbeitern (!!!). Die Arbeitsgelegenheiten haben sich ganz wesentlich vermehrt, die Löhne sind stark gestiegen, und das Bild, das die Sozialdemokratie von der Verelendung des deutschen Arbeiters entwirft, gehört heute der Vergangenheit an. Wie sich bei uns der Wohlstand gerade der ärmeren Volksklassen vermehrt hat, zeigt am deutlichsten die Entwicklung der Sparkasseneinlagen in Deutschland.«

Und nun läßt das Regierungsorgan die Zahlen dieser Entwicklung der Spareinlagen sprechen, die sich von 2789,3 Millionen Mark im Jahre 1881 auf 17900,0 Millionen Mark im Jahre 1911 erhöht haben. Aus diesen Zahlen dürfte aber mehr das eifrige Bemühen des Bürgertums und der Regierung für die Hebung der Lage des Handwerks, des Mittelstandes und des Beamtenums ersichtlich sein als die Lohnerhöhungen der Arbeiter. In keiner Weise ist zu erkennen, in welchem Maße »gerade die ärmeren Volksklassen« an der Entwicklung der Spareinlagen beteiligt sind. Hieraus Schlüsse auf die »Wohlstandsentwicklung« dieser Kreise zu ziehen, muß als tendenziös bezeichnet werden. Die Behauptungen des Regierungsorgans werden aber auf ihren wahren Wert zurückgeführt, wenn in Betracht gezogen wird, daß die Steigerung der Preise für Lebensmittel, Wohnungen und wichtige Gebrauchsgüter kurzerhand weggelassen wird, um so die »stark« gestiegenen Löhne besser wirken zu lassen. Es kommt eben für das Bürgertum darauf an, das die kapitalistische Gesellschaft so außerordentlich schwer belastende Odium der Wohlstandsentwicklung bei gleichzeitiger Ausschaltung der besitzlosen Klassen zu mildern oder ganz aus der Welt zu schaffen. Gegenüber diesen Bemühungen sei an das Wort der agrarischen »Deutschen Tageszeitung«, der gewiß keine Sympathie mit den Forderungen der organi-

sierten Arbeiter »vorgeworfen« werden kann, erinnert:

»Das deutsche Volk wird die tiefbetäubende und peinliche Empfindung nicht los, daß dem übermächtigen und schier allmächtigen Großkapitalismus bedenkliche Zugeständnisse gemacht werden, daß ihm Rücksichten entgegengebracht werden, die sachlich nicht berechtigt sind. Das alte, böse und dem vornehmen Wesen ins Gesicht schlagende Sprichwort, daß alle Türen sich dem Gelde öffnen, scheint Wahrheit werden zu wollen.«

Dieses Wort, das der Rivalität des Großgrundbesitzes mit dem Großkapital entsprungen ist, und das auf die Massen um die »Deutsche Tageszeitung« genau so gut zutrifft, kennzeichnet das Verhalten des Bürgertums und der Regierung dennoch sehr zutreffend. Wie kann ein so einflußreiches Blatt wie die »Norddeutsche Allgemeine Zeitung« anders zu der gewagten Behauptung kommen, die gewaltige wirtschaftliche Entwicklung habe den Arbeitern in demselben Maße Nutzen gebracht wie den Unternehmern, als durch völlige Unkenntnis der tatsächlichen Zustände oder durch tendenziöse Rücksichten auf das Großkapital? Gegenüber den Bemühungen des Bürgertums, die Arbeiter über den wahren Sachverhalt zu täuschen und den Kapitalismus in seiner, nicht gerade von Nächstenliebe geleiteten Beutepolitik zu bestärken, wird die organisierte Arbeiterschaft die tiefbetäubende und peinliche Empfindung nicht los, daß das Sprichwort von den Türen, die sich dem Gelde öffnen, nur da dem vornehmen Wesen ins Gesicht schlägt, wo es wirklich vorhanden ist.

Doch die Arbeiter, die zum Klassenbewußtsein erwachten, wissen es nur zu gut, daß die gewaltige wirtschaftliche Entwicklung keine Hebung ihrer Lage mit sich brachte, wie sie vom Bürgertum immer geschildert wird, und daß sie trotz dieser Entwicklung keine Aussichten haben, an die Lebensgüter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung heranzukommen. Erfreulicherweise wird diese ihre Erkenntnis dann und wann auch von einsichtigen Leuten und Vertretern der sogenannten freien Berufe, von Ärzten, Wissenschaftlern und Theologen ausgesprochen, nur daß die Schlussfolgerungen zumeist anders lauten, als die Forderung der organisierten Arbeiter. So hat auf dem Evangelisch-sozialen Kongreß, der in der Pfingstwoche in Hamburg tagte, der den Vorsitz führende Theologieprofessor Baumgarten-Kiel das Märchen von der gottgewollten Ordnung, die in der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verkörpert sein soll, gründ zerstört; er hat die Tatsache zugegeben, daß die Arbeiter nicht an die Lebensgüter herankommen und folgendes dazu ausgeführt:

»Das kann keine Gottesordnung sein, daß Kinder in diese Welt gesetzt werden, die durch die ganzen Umstände dazu verurteilt sind, an die Lebensgüter niemals heranzukommen. Es kann keine Gottesordnung sein, daß neben den sich immer mehr häufenden Kapitalien eine große Zahl nicht einmal das Existenzminimum für sich und die Ihrigen hat. Es ist keine

ewige Gottesordnung, die sich in diesen geschichtlichen Verhältnissen zeigt, sondern das ist eine ganz niedrige Menschenordnung, geboren aus gemeiner Selbstsucht.

Nun kommt freilich der Theologieprofessor im Verlaufe seiner weiteren Ausführungen zu dem Ergebnis, daß es durch einen Fortschritt in der Gerechtigkeit und in der Liebe auf Erden möglich sei, bessere Zustände herbeizuführen. Bessere Zustände können aber erst Platz greifen, wenn an die Stelle der von gemeiner Selbstsucht getragenen Gesellschaftsordnung eine Ordnung gesetzt wird, die auf der Gleichberechtigung, auf der Gemeinsamkeit des Besitzes an Produktionsmittel und Güter beruht. Daß diese Ordnung nicht dadurch herbeigeführt werden kann, daß den besitzenden Klassen der Fortschritt der Gerechtigkeit und Liebe auf Erden gepredigt wird, liegt auf der Hand. Es bleibt eben keine andere Möglichkeit, als der proletarische Klassenkampf auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete. Und diesen Weg gebend und beschränkt zu haben bleibt das unvermeidbare Verdienst der klassenbewußten Arbeiterschaft. *fp.*

Rundschau.

Das Steindruckgewerbe im Auslande. Jammerschade, daß die „Graph. Presse“ kein Witzblatt ist! Sonst hätten wir den gottvollen Schrieb abgedruckt, den sich der geniale Witzbold der „Neuen Deutschen Papierzeitung“ als Antwort auf unsere Rundschau-Notiz in No. 15 der „Gr. Pr.“ leistet. Es handelt sich um die Auswanderung der Steindrucker, die in Deutschland keine Arbeit mehr finden. Diese blöden Menschen glauben natürlich, der allgemeine Niedergang unseres Gewerbes sei Schuld daran. Verursacht durch den Zolltarif, durch die amerikanischen Zollschränken, durch die Aussperrungswut unserer Unternehmer, die dadurch den Rest ihrer Kunden verscherzt haben, durch die Einführung neuer Druckverfahren, die dem Steindruck das Wasser abgraben. Das glauben diese Ignoranten wirklich! Und übersehen dabei ganz, daß in Deutschland ein großer Mann lebt, ein einziger, der das viel besser weiß! Der uns beweist, daß man das Pferd (in diesem Falle den Esel!) beim Schwanz aufzäumen muß! Weil dann die warmen Ausdrücke seines tiefsten Innern viel deutlicher wirken. Zolltarif? sagt er — Blödsinn! Kunden verlieren durch Aussperrung? sagt er — Unsinn! Neue Druckverfahren? sagt er — Hirn-ge-spinnst! Die Ursache des Niedergangs liegt viel tiefer, viel tiefer! Sie liegt darin, daß die Steindrucker auswandern! Diese heimtückischen Luder wollen es nicht gut haben. Sie wollen keine neuen Maschinen und Methoden, welche die Arbeitszeit verkürzen helfen könnten! Sie wollen keine verbesserten Arbeitsbedingungen! Sie wandern einfach aus und bringen das Gewerbe auf den Hund. Zwar — verdanken kann man ihnen das nicht — sagt er. Weil sie sich verbessern! Auch dem Verbands-Säckelmeister kann man es nicht verdanken, wenn er die Arbeitslosen zur Entlastung seiner Kasse abschleibt — sagt er. Aber die Verbandsleitung, die ist das niederträchtige Karnickel! Diese verpulvert den ganzen Draht mit „aussichtslosen Streikereien“, so daß sie keine Arbeitslosenunterstützung mehr zahlen kann, schiebt dann die brotlosen Steindrucker ab, und ruiniert dadurch das Gewerbe — sagt er! Und recht hat er. Denn warum wandern gerade die Steindrucker aus, wo sie doch als Arbeitslose in Deutschland ein viel ruhigeres Leben hätten? Warum wandern nicht höchstens selbst der hochwohlgeborene Herr Artikeldirektor der „N. D. P. Z.“ aus, um sich bei Barnum & Bailly als Glanznummer sehen zu lassen? Wobei er dann sein Gehirn, von dem er sich jedenfalls ohne fühlbaren Nachteil trennen kann, hübsch vom Spiritus „durchgeistigt“ in Deutschland zurücklassen könnte. Wohl nur deshalb, weil er instinktiv ahnt, daß er seine geschätzte humoristische Kraft dem teuren Vaterlande nicht entziehen darf. Und weil er weiß, daß auch unsere Arbeitslosen trotz allen Elends manchmal von Herzen über irgend einen Kasperle lachen wollen. Was sie hiermit pflichtschuldigst tun.

Lehrlingsausnutzung schlimmster Art brachte den Buchdruckereibesitzer Otto Becker, Inhaber der Hofflithographie, Buch- und Steindruckerei K. Thomas in Gehrten i. Thür., vor Gericht. Er hatte wiederholt von November 1912 bis März 1913 jugendliche Arbeiter seines Betriebes (Buchdrucklehrlinge) unter 16 Jahren übermäßig lange und auch an einem Sonntag von 1/2 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags im Betriebe beschäftigt und mußte sich daher wegen Verstößen gegen die §§ 135, 136 und 146 der Gewerbeordnung vor dem Gehrter Schöffengericht verantworten. Er fand milde Richter, die seine Übertretungen mit — 20 Mark Geldstrafe sühnten! In der Hoffirma werden auch Lithographen- und Steindrucklehrlinge stets kräftig „gezogen“. Der Fall heißt, wie in solchen rückständigen Orten noch „gearbeitet wird. Obwohl die Arbeitszeit der Lithographen

nach 1 1/2 Stunden und die der Steindrucker 1/2 Stunde länger ist als im übrigen Deutschland, werden zu manchen Zeiten Überstunden verlangt und geleistet, daß es schon gar nicht mehr schön ist. Dabei bleiben auch die Verdienste weit hinter den sonst üblichen Löhnen zurück. Es wird Zeit, daß sich die Kollegen auf sich selbst besinnen, damit auch in diesem Hof-kunsttempel einmal moderne Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse Geltung erhalten.

Geschäftsergebnisse. Die Kunststalt vorm. Etzold & Kiebling Akt.-Ges. in Krimmshaus, die durch Neubau erheblich vergrößert wurde, erzielte einen recht befriedigenden Jahresabschluß. Sie gedenkt wieder über ihre Aktionäre eine Dividende von 16 Proz. auszuschütten! — Die Firma Heymann & Schmidt, Luxuspapierfabrik Akt.-Ges. in Berlin, hat im abgelaufenen Jahre ungünstig gearbeitet, sodaß (wie für 1911) eine Dividende auf das 1 1/2 Mill. Mark betragende Aktienkapital nicht zur Ausschüttung gelangen kann. Der Betriebsergebnis stellt sich auf 382852 Mk. (i. V. 392884 Mk.), der nach 217563 Mk. (i. V. 214214 Mk.) Abschreibungen verfügbare Überschuß auf 11507 Mk. (12177 Mk.) als Vortrag. Das Geschäft gestaltete sich 1912 wie im vergangenen Jahre besonders ungünstig nach den Vereinigten Staaten. Falls es dort zu einer Tarifherabsetzung kommen sollte, erwartet man eine Besserung des amerikanischen Geschäftes. Auf der Bonner Tagung des Schutzverbandes erklärte Herr Heymann, daß das Unternehmertum mit dem Ergebnis der Aussperrung zufrieden sei. Früher zahlte seine Gesellschaft 8 Proz. Dividende, in den letzten beiden Jahren nichts. Ob Herr Heymann mit diesem Ergebnis der Aussperrung auch zufrieden ist?

Vom christlichen „Graphischen Zentralverband“. Den bereits in der vorigen Nummer unseres Blattes veröffentlichten beiden Berichtigungen ist inzwischen noch eine dritte gefolgt, und zwar vom Zentralvorstande des christlichen Verbandes, der seinen Sitz in Köln hat, die in dem Artikel in unser Nr. 19 von einem früheren Funktionär des christlichen Verbandes geschilderten persönlichen Erlebnissen in München aus eigener Anschauung also gar nicht kennen und demzufolge auch gar nicht betrug sein kann, auf Grund des Preßgesetzes die Veröffentlichung einer Berichtigung zu verlangen. Trotzdem wollen wir ihm den Gefallen tun, auch den Inhalt seiner Berichtigung unsern Kollegen bekannt zu geben. Sie lautet: „1. Es ist unwar, daß in einer Versammlung der Zahlstelle München des Graphischen Zentralverbandes ein Vortrag über das Thema: „Der Katholische Preßverein“ gehalten wurde, worin zum Beitritt zu dieser politischen Organisation aufgefordert worden sei. Wahr ist, daß es sich um einen Vortrag über die Bedeutung der Presse im allgemeinen gehandelt hat. 2. Es ist unwar, daß am 4. November 1911 eine Vortrag über das Thema: „Die religiösen Verhältnisse in Alt-München“ gehalten wurde, und daß dieses Referat in einer Glorifizierung der katholischen Kirche und der Mutter-Gottes gepflichtet habe. Wahr ist, daß es sich um einen Vortrag über die historische Entwicklung Münchens, also um ein geschichtliches Thema gehandelt hat. 3. Es ist unwar, daß am 16. Dezember 1911 „kurz nach Schluß der Versammlung des politisch neutralen christlichen Verbandes unter den Mitgliedern Geld für das Zentrum“ gesammelt worden sei. Wahr ist, daß diese Geldsammlung bei einer Kegelpartie, zu der sich mehrere Versammlungsteilnehmer zusammengefunden hatten, abgehalten wurde.“ — Wir können das Urteil darüber, wer genauer wissen muß, was in der Münchener Versammlung verhandelt wurde: der persönlich beteiligte Augen- und Ohrenzeuge Müller in München oder der Kölner Vorstand des christlichen Verbandes, getrost unsern Lesern überlassen.

Die Hirsch-Dunderscher Gewerkschaften im Jahre 1912. In 21 Gewerkschaften und 5 selbstständigen Ortsvereinen zählte die Hirsch-Dundersche Gewerkschaftsrichtung 109225 Mitglieder, darunter 4950 Frauen und Mädchen. Gegen das Jahr 1911 ist eine Mitgliederzunahme von nur 1482 zu verzeichnen. Das ist jedenfalls eine sehr minimale Zunahme; eine Anzahl Gewerkschaften hat aber sogar einen recht empfindlichen Mitgliederverlust erlitten, die Bergarbeiter z. B. verloren rund 800, die Fabrikarbeiter 220 Mitglieder. Über die eigentlichen Gewerkschaftseinnahmen gibt die im „Gewerkschaftskürzliche veröffentlichte Zusammenstellung keinen genauen Aufschluß. Alle Einrichtungen — Gewerkschaften, Kranken- und Begräbniskassen — hatten pro 1912 eine Beitragsentnahme im Betrage von 2315875 Mk. Von den Unterstützungsausgaben entfallen auf Arbeitslose 226775 Mk., auf Streikende, Gemäßregelte und Aussperrte einschließlich der lokalen Ausgaben 348938 Mk. In der Hauptkasse besitzen die Gewerkschaften ein Vermögen von 1512669 Mark, in den Lokalkassen befinden sich 316181 Mk. Als stärkste Organisation kommt der Gewerkschaft der Maschinenbauer und Metallarbeiter in Betracht; mit seinen 44600 Mitgliedern umfaßt er über 40 Prozent der Gesamtmitgliederzahl. Obwohl es sich bei fast allen Gewerkschaften um die Zusammenfassung von Industriegruppen handelt, zählen nur je zwei Gewerkschaften über zehn- und fünftausend Mitglieder; fünf Gewerkschaften zählen zwischen 1000 bis 2000, vier keine 700 und zwei zusammen gar nur 84 Mitglieder. Daß die meisten dieser nur aus Absplitterungen gebildeten zwergenhaften Gewerkschaften für eine wirksame Ver-

tretung der Arbeiterinteressen ernstlich nicht in Betracht kommen, unterliegt keinem Zweifel.

Der Boykott gegen die Halberstädter Wurstfabrik von Christian Förster ist aufgehoben, da die Bewegung durch Verhandlungen zwischen dem Fleischerverbande und der Firma mit einem schönen Erfolg der Arbeiter beendet worden ist. Die Firma erklärte, den Arbeitsnachweis des Fleischerverbandes benutzen, jeden Eingriff in die Koalitionsfreiheit ihrer Arbeiter unterlassen und für eine anständige Behandlung der letzteren durch die Meister und sonstige Vorgesetzte sorgen zu wollen. Der Boykott hat also seine Wirkung nicht verfehlt.

Bücherliebhaber von zweierlei Art. Wie die kapitalistische Klassenscheidung auch den Charakter in unerwünschter Weise beeinflusst, das wurde an einem interessanten Beispiel in einer Konferenz Berliner Arbeiterbibliothekare gezeigt. Hier wurde festgestellt, daß im Lesesaal der „Öffentlichen Bibliothek und Lesehalle — einer Stiftung des Genossen Hugo Heimann — während der 13 Jahre ihres Bestehens zwei Bücher entwendet wurden. Aus dem Lesesaal der Königlichen Bibliothek dagegen, zu der man nur nach ausreichender Legitimation Zutritt erhält, verschwanden allein im letzten Jahre 186 Bücher auf Nimmerwiedersehen! Während die Heimannsche Bibliothek fast ausschließlich von Arbeitern benutzt wird, die ohne jede Legitimation den Lesesaal betreten dürfen, rekrutiert sich das Lesepublikum der Königlichen Bibliothek fast nur aus Studenten, Gelehrten, Beamten usw. Die Arbeiter lesen Bücher, um sich in den Geist unserer großen Denker und Dichter zu vertiefen. In dieser Absicht benutzen sie die Bildungsstätten, die von privaten oder öffentlichen Körperschaften errichtet wurden. Anders die Angehörigen der sogenannten gebildeten Stände. Manche von ihnen verbinden den ideellen Zweck des Bücherstudiums mit einem eminent praktischen. Sie nehmen die Bücher nach beendetem Studium gleich mit nach Hause! Natürlich, ohne daß der Bibliothekar davon etwas weiß! Es zeigt sich hier, wie durch Zugehörigkeit zur besitzenden Klasse Fühlen und Denken beeinflusst werden. Der vorherrschende, stark ausgeprägte Eigentumssinn läßt die Bücherliebhaber in Bibliothekarie ausarten.

Aus dem Auslande.

Österreich. Der christlich-soziale Mörder Paul Kunschak, der den österreichischen Reichsratsabgeordneten Genossen Franz Schuhmeier am 15. Februar ds. Js. in Wien meuchlings erschossen hat (siehe auch „Gr. Pr.“ Nr. 8), wurde vom Wiener Schwurgericht zum Tode durch den Strang verurteilt.

Generalversammlungen und Kongresse.

Malier. Vom 21. bis 22. Mai hielt der Verband der Malier in Berlin eine außerordentliche Generalversammlung ab, die zu dem Ergebnis der letzten Tarifverhandlungen (siehe „Gr. Pr.“ Nr. 21) Stellung zu nehmen hatte. Nach dem einleitenden Referat erreichte die Aussperrung, die die Unternehmer verhängten, weil der erste Schiedsspruch angeblich für die Arbeiter zu günstig war, am 15. März mit 15770 Ausgesperrten den höchsten Stand. Dann ging sie fortgesetzt zurück bis auf 9596 am 10. Mai. Die Machtprobe der Unternehmer war also ein volles Fiasko. Durch die neuen Schiedssprüche wurden die ersten Entscheidungen bestätigt, sodaß das Vorgehen der Unternehmer auch mit einer moralischen Niederlage endete. Nach eingehender und lebhafter Diskussion wurde schließlich der Schiedsspruch mit 86 Stimmen, die 42783 Mitglieder vertraten, gegen 13 Stimmen, die 7119 Mitglieder repräsentierten, angenommen. Da sich auch die Unternehmer inzwischen dem Schiedsspruch unterworfen haben, ist der Kampf im Maliergewerbe mit einem vollen Erfolge der Arbeiter beendet.

Schiffszimmerer. Der Zentralverband der Schiffszimmerer Deutschlands hielt vom 18. bis 22. Mai in Hamburg seinen 12. Verbandstag ab. Der Verband zählte Ende 1912 3763 Mitglieder. Sein Vermögen stieg in der dreijährigen Geschäftsperiode von 59681 auf 134584 Mk. Durch zahlreiche Lohnbewegungen wurde für die Hebung der Lage der Schiffszimmerer gewirkt. Die Verschmelzungsfrage war Gegenstand einer langen Diskussion. Beschlossen wurde, erneut mit den Vorständen des Metall- und des Holzarbeiterverbandes unter Vermittlung der Generalkommission in Verhandlungen einzutreten, um einen einheitlichen Übertritt zu einer der beiden Organisationen zu ermöglichen. Die endgültige Entscheidung sollen die Mitglieder durch eine Urabstimmung treffen. Bei der Statutenrevision wurde eine Erhöhung der Wochenbeiträge von 50 auf 60 Pf. beschlossen; verschiedene Unterstützungen wurden erhöht und die Bezugsdauer geändert.

Genossenschaftl. Monatsschau.

Berlin, den 26. Mai 1913.

Vom Kampf gegen die Konsumvereine: „Degrota“, ein neuer Kämpfe; Waffenbrüderschaft von Agrariern und Händlern; Kleinhändler und Genossenschaftsbanken. Ein bedauerlicher Zwischenfall.

Unsere patentierten Mittelstandsretter sehen in der Fortbildung der Warenvermittlung nur künstliche Gebilde, die man mit mehr oder weniger großer Kraftanwendung zum Verschwinden bringen könne. Kefner von ihnen kam bisher auf den Gedanken, daß die neuen Formen der Warenvermittlung im

Tüchtigste siegt, sondern auch der Hohlkopf, der in der Wahl seiner Eltern vorsichtig gewesen ist, der geriebene Schwindler, der das Zuthaus mit dem Armel gestreift hat, der rücksichtslose Schurke, der seinem Gegner ein Bein stellt, der großmäulige Reklamemacher, der mit seiner großen Schnauze die Menschen dumm macht. Der Sozialdarwinismus ist also ohne Zweifel ein einziger ungeheurer Irrtum und ein gemeingefährlicher Wahnwitz, der nicht scharf genug bekämpft werden kann und zwar muß er um so mehr bekämpft werden, weil er in den Köpfen zahlreicher einflußreicher Leute spukt, die allerdings die Tüleschen Phantastereien ablehnen, aber ihren »gesunden Kern« als richtig anerkennen.

Die Vertreter des Sozialdarwinismus verkennen vor allen Dingen, daß wir in der Entwicklung der Menschheit von der Tierheit zur Kultur ganz deutlich zwei Elemente beobachten, das ursprünglich tierische und das allmählich gewordene menschliche Element. Das erstere züchtet im Menschen die Selbstsucht, die ausschließliche Sorge für das eigene Interesse, das letztere entwickelt in ihm das Gefühl für fremdes Wohl und Wehe und es erzeugt die bewußte Rücksichtnahme auf fremde Interessen. Der Tiermensch führt einen Gewaltkampf gegen alle, die ihm im Wege stehen, und ohne mit der Wimper zu zucken, verübt er die größten Grausamkeiten gegen seine Mitbewerber, der Kulturmensch aber schließt sich mit Seinesgleichen zusammen und auf dem Wege des friedlichen Wettbewerbs, durch planmäßiges, verständnisvolles Zusammenwirken mit andern, sucht er die gemeinsamen Ziele zu erreichen. Leiden machen ist tierisch, aber Leid lindern ist menschlich und darum führt der wahre Mensch, der das Tier in sich gebändigt hat, keinen Kampf mehr gegen seine Mitmenschen, die er als gleichberechtigt und gleichartig anerkennt, sondern gegen die Übel und Mängel, die das soziale Zusammenleben mit sich bringt. Der eine Mensch ist des andern Teufel, das ist die Signatur der Tiermenschheit; der eine Mensch sei des andern Schutzengel, das wird der Wahlspruch des Zukunftsmenschen sein.

Mit wachsender Kultur wird das tierische Element durch das menschliche immer mehr zurückgedrängt und jeder Schritt in die Zukunft hinein ist ein Schritt aus der Tierheit zum Menschtum. Die organisierte Solidarität, die gegenseitige Hilfe in allen Wechselfällen des Lebens mildert nach und nach den erbarmungslosen Daseinskampf und die Bestie im Menschen wird gezähmt durch die Sittlichkeit. Aus der sozialen Natur des Menschen wurde die soziale Moral geboren, die uns lehrt, auch in dem Schwachen und Strauchelnden unsern Bruder zu erkennen, die uns sagt, daß wir edel und hilfreich sein sollen, weil jeder Mensch für den andern ein unantastbares Heiligtum sein soll. Und es wurde die soziale Gerechtigkeit geboren mit dem strahlenden Motto: Sumus cunctis — jedem das Seine! die uns tief in die Seele hinein den Grundsatz schreibt: Was du nicht willst, daß dir die Menschen tun sollen, daß sollst du ihnen auch nicht tun, und was du willst, daß sie dir tun sollen, das sollst du ihnen auch tun! Und allmählich keimte auch im Menschenherzen die Menschenliebe auf, die uns erkennen und fühlen läßt, wie lieb und verwandt der Mensch dem Menschen ist. Diese Vermenschlichung des Tiermenschen ist das Ergebnis einer Jahrtausende langen Entwicklung, nicht aber das Werk eines außerweltlichen Schöpfers. Nicht ein Hergott hat Gerechtigkeit und Liebe ins Menschenherz gepflanzt, denn die ursprünglichen Menschen kennen weder die eine noch die andere, sondern die Tiermenschen haben unter unsäglichen Mühen ihre Tierheit abgestreift und sich zum Menschtum emporgerungen. Und die Aufwärtsentwicklung vollzieht sich noch tagtäglich vor unsern Augen und es läßt sich noch gar nicht absehen, wie weit der Siegeslauf des Kulturmenschen sich noch ausdehnen wird. Der Menschengeist hat breite Schwingen, die ihn über Raum und Zeit hinwegtragen in das Reich des Unerkannten und Unerforschten, der Menschenwille hat eine unüberstehliche Kraft, alle Hindernisse wegzuräumen und das Ziel, das er sich gesetzt hat, zu erreichen. Und das Menschenherz birgt ein Meer von Liebe in sich, aus dessen unerschöpflicher Fülle reicher Segen in die Welt hinein fließt.

Brutus.

Zivil- und Strafprozeß.

Unkenntnis der Gesetze schützt bekanntlich weder vor Schaden noch vor Strafe. Da nun das Verfahren vor Gericht im Zivil- und Strafprozeß ungleich ist und die Berufungs- bzw. Revisionsfristen ebenfalls verschieden sind, so soll auf den Rechtsgang vor Gericht kurz eingegangen werden.

Im Zivilprozeß kommt da neben der Klage noch das Mahnverfahren in Betracht. Hiernach ist wegen eines Anspruchs, welcher die Zahlung einer bestimmten Geldsumme oder die Leistung einer bestimmten Quantität anderer vertretbarer Sachen oder Wertpapiere zum Gegenstande hat, auf Gesuch des Gläubigers ein bedingter Zahlungsbefehl zu erlassen. Als ein Anspruch, welcher die Zahlung einer Geldsumme zum Gegenstande hat, gilt auch der Anspruch aus einer Hypothek, einer Grundschuld oder einer Rentenschuld. Die Zahlungsbefehle werden von den Amtsgerichten erlassen. Zuständig ist das Amtsgericht, welches für die im

ordentlichen Verfahren erhobene Klage zuständig sein würde, wenn die Amtsgerichte in erster Instanz sachlich unbeschränkt zuständig wären. Für das Mahn- wie Klageverfahren ist das Gericht, bei welchem eine Person ihren allgemeinen Gerichtsstand hat, für alle gegen diese zu erhebenden Klagen (auch Zahlungsbefehle) zuständig, sofern nicht für eine Klage ein ausschließlicher Gerichtsstand begründet ist. Der allgemeine Gerichtsstand einer Person wird durch den Wohnsitz bestimmt. Wenn Personen an einem Orte unter Verhältnissen, welche ihrer Natur nach auf einen Aufenthalt von längerer Dauer hinweisen, insbesondere als Dienboten, Hand- und Fabrikarbeiter, Gewerbegehilfen, Studierende, Schüler oder Lehrlinge sich aufhalten, so ist das Gericht des Aufenthaltsortes für alle Klagen zuständig, welche gegen diese Personen wegen vermögensrechtlicher Ansprüche erhoben werden. Diese Bestimmung findet auf Militärpersonen, welche nur zur Erfüllung der Wehrpflicht dienen oder welche selbständig einen Wohnsitz nicht begründen können, in der Weise Anwendung, daß an Stelle des Gerichts des Aufenthaltsortes das Gericht des Garnisonsortes tritt. Hat jemand zum Betriebe einer Fabrik, einer Handlung oder eines anderen Gewerbes eine Niederlassung, von welcher aus unmittelbare Geschäfte geschlossen werden, so können gegen ihn alle Klagen, welche auf den Geschäftsbetrieb der Niederlassung Bezug haben, bei dem Gerichte des Orts erhoben werden, wo die Niederlassung sich befindet. Natürlich muß in diesem Falle die Geschäftsstelle befugt sein, selbständig Rechtsgeschäfte abzuschließen. Endlich kann noch ein an sich unzuständiges Gericht erster Instanz durch ausdrückliche oder stillschweigende Vereinbarung der Parteien zuständig sein. Die Vereinbarung des Gerichtsstandes wird mit ihren nachteiligen Folgen vielfach nicht genügend gewürdigt. Tagtäglich sprechen Arbeiter oder deren Frauen in den Arbeitersekretariaten vor und zeigen Klagen, wonach sie von einem auswärtigen Gericht geladen und dann wegen zu weiter Entfernung nicht in der Lage sind, ihre Rechte vor diesem Gericht wahrnehmen zu können. Im Anschluß hieran ist darauf hinzuweisen, daß alle die Reisenden, die Bücher, Bilder, Wäsche usw. anbieten, Bestellzettel unterschreiben lassen, wonach für Klagen das Gericht des Wohnsitzes der Firma zuständig sein soll. Deshalb also Vorsicht beim Unterschreiben solcher Bestellzettel. Eine stillschweigende Vereinbarung ist anzunehmen, wenn der Beklagte, ohne die Unzuständigkeit geltend zu machen, zur Hauptsache mündlich verhandelt hat. Erscheint man also als Beklagter vor einem unzuständigen Gericht, dann darf man sich in keine Verhandlung einlassen, sondern muß sofort die Unzuständigkeit geltend machen. Im Falle des Nichterscheinens des Beklagten hat das Gericht die Zuständigkeit von Amts wegen zu prüfen.

Das Gesuch um Erlaß eines Zahlungsbefehls muß nun enthalten: 1. Die Bezeichnung der Parteien nach Namen, Stand oder Gewerbe und Wohnort; 2. die Bezeichnung des Gerichts; 3. die bestimmte Angabe des Betrags oder Gegenstandes und des Grundes des Anspruchs; 4. das Gesuch um Erlassung des Zahlungsbefehls. Gegen den Zahlungsbefehl kann innerhalb einer Woche vom Tage der Zustellung an geredet Widerspruch erhoben werden. Geschieht dies, so muß der Gläubiger beim Amtsgericht um Anberaumung eines Termins nachsuchen, der Antrag kann aber auch schon in dem Gesuch um Erlaß des Zahlungsbefehls gestellt werden. Wird kein Widerspruch erhoben, dann kann der Gläubiger nach Ablauf der Widerspruchsfrist den Zahlungsbefehl für vollstreckbar erklären lassen. Geschieht dies nicht innerhalb sechs Monaten, dann verliert der Zahlungsbefehl seine Gültigkeit. Der Vollstreckungsbefehl steht einem für vorläufig vollstreckbar erklärten auf Versäumnis erlassenen Endurteil gleich. Gegen den Vollstreckungsbefehl kann dann noch innerhalb einer Woche nach seiner Zustellung Einspruch erhoben werden. Geschieht dies nicht, so hat der vollstreckbare Zahlungsbefehl dieselbe Bedeutung wie ein rechtskräftiges Urteil, er gilt wie dieses dann 30 Jahre. Das Gesuch um Erlaß eines Zahlungsbefehls wie auch das Gesuch um Aufnahme einer Klage kann man nach § 496 der Zivilprozeßordnung auch mündlich zum Protokoll des Gerichtsschreibers anbringen. Wird die Klage jedoch schriftlich eingereicht, dann muß dies in zwei Abschriften geschehen. Die Klage muß weiter enthalten: 1. Die Bezeichnung der Parteien und des Gerichts; 2. die bestimmte Angabe des Gegenstandes und des Grundes des erhobenen Anspruchs sowie einen bestimmten Antrag. Da im amtsgerichtlichen Verfahren die Ladung von Amts wegen erfolgt, braucht die Klage eine Ladung zur mündlichen Hauptverhandlung nicht zu enthalten. Dies ist nur bei Klagen an das Landgericht erforderlich. Diese müssen aber durch einen Rechtsanwalt eingereicht werden. Die Amtsgerichte sind zuständig für alle Strafsachen bis zu 600 Mk. Wert (früher 300 Mk.); ferner ohne Rücksicht auf die Höhe des Streitgegenstandes für Streitigkeiten über den Antritt, die Fortsetzung oder die Auflösung des Arbeitsverhältnisses, sowie über die Aushändigung oder den Inhalt des Arbeitsbuches oder Zeugnisses, sofern diese Streitigkeiten während der Dauer des Arbeitsverhältnisses entstanden sind. (Wo ein Gewerbegericht vorhanden ist, sind diesem die Klagen

aus dem Arbeitsverhältnis zu unterbreiten.) Vor die Amtsgerichte gehören unter anderen noch, ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes, die sich aus dem Mietverhältnis ergebenden Streitigkeiten, Ansprüche aus dem außerehelichen Beischlaf, das Aufgebotsverfahren, Streitigkeiten zwischen Reisenden und Wirten, Fuhrleuten und Handwerkern, welche über Wirtszeden, Fuhrlohn oder aus Anlaß der Reise entstanden sind usw. Gegen ein Urteil des Amtsgerichts kann innerhalb eines Monats nach der Zustellung Berufung beim Landgericht eingereicht werden. Dieses entscheidet dann endgültig. Gegen ein Versäumnisurteil kann innerhalb zwei Wochen Einspruch erhoben werden, im amtsgerichtlichen Verfahren beträgt die Frist jedoch nur eine Woche. Gehört der Rechtsstreit gleich vor das Landgericht, so kann gegen dessen Urteil innerhalb eines Monats Berufung beim Oberlandesgericht eingereicht werden. In Rechtsstreitigkeiten über vermögensrechtliche Ansprüche kann gegen Urteile der Oberlandesgerichte innerhalb eines Monats Revision beim Reichsgericht eingereicht werden, wenn das Objekt 4000 Mark übersteigt. Weiter ist die Revision zulässig in den Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche, für welche die Landgerichte ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes ausschließlich zuständig sind. Hierunter fallen u. a. die Familien- und Ehesachen. Bei allen Klagen, namentlich wo ein Rechtsanwalt erforderlich ist, kann der mittellose Kläger bei der Polizeibehörde die Ausstellung eines Armutszeugnisses beantragen. Erhält er dieses, so muß damit beim zuständigen Gericht die Bewilligung des Armenrechts und die Belordnung eines Rechtsanwalts sowie Gerichtsvollziehers beantragt werden.

Für die Verhandlung und Entscheidung von Strafsachen werden nun bei den Amtsgerichten noch Schöffengerichte, bei den Landgerichten Strafkammern und Schwurgerichte gebildet. Bei den Oberlandesgerichten und dem Reichsgericht kommen für die Strafsachen Strafsenate in Betracht. Gegen Urteile der Schöffengerichte kann innerhalb einer Woche vom Tage des Termins (ist das Urteil in Abwesenheit des Angeklagten gefällt worden, läuft die Frist erst vom Tage der Zustellung des Urteils) ab Berufung angemeldet werden. Gegen das darauf ergehende Urteil der Strafkammer kann innerhalb einer Woche Revision angemeldet werden. Diese muß dann nach Zustellung des Urteils innerhalb einer Woche durch einen Rechtsanwalt schriftlich oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers begründet werden. Gelangt die Strafsache vor die Strafkammer erster Instanz oder vor das Schwurgericht, so kann gegen diese Urteile ebenfalls innerhalb einer Woche Revision angemeldet und dann nach Zustellung des Urteils wie im vorstehenden Falle begründet werden. Die Revision gegen die Urteile der Strafkammer in zweiter (Berufungs-) Instanz geht an das Oberlandesgericht, die gegen Strafkammerurteile erster Instanz und der Schwurgerichte geht an das Reichsgericht. In den Strafsachen, wo das Reichsgericht in erster Instanz zuständig ist (z. B. Hoch- und Landesverrat usw.) entscheidet dasselbe endgültig und ist ein weiteres Rechtsmittel ausgeschlossen. Berufung und Revision kann auch mündlich zu Protokoll des Gerichtsschreibers erklärt werden.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß sowohl im Zivilprozeß sowie bei der Zwangsvollstreckung und auch im Strafprozeß noch das Beschwerdeverfahren in Betracht kommt. Gegen ergehende Beschlüsse der Gerichte, vorgenommene Pfändungen, Bescheide der Amts- bzw. Staatsanwaltschaften ist innerhalb 14 Tagen nach Zustellung der Beschlüsse usw. die sofortige Beschwerde zulässig. Auch hier sind die dabei zu beobachtenden gesetzlichen Vorschriften vielfach so kompliziert, daß den Arbeitern in allen Fällen, wo sie mit den Gerichten zu tun bekommen, dringend zu raten ist, sich sofort an das nächste Arbeitersekretariat oder eine Auskunftsstelle zu wenden.

G.

Adressen-Änderungen.

1. Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis der Auskunftsstellen (siehe Graphische Presse Nr. 13.)

Aachen: Anton Keppler, Promenadenstraße 17.
Bramsche bei Osnabrück: Wilhelm Schweers, Mühlenstraße 5.

Düsseldorf: Julius Vogel, Wielandstraße 10, II.
Einbeck (Hannover): Louis Zeitz, Hohe Münsterstraße 3.

Freiburg i. B.: Emil Rehm, Barbarastrasse 14.
Hannover, Forstmeder: Joseph Fischer, Hainholzerstraße 36.

Jena: Friedrich Schopper, Johannisstraße 8, I.
Kirchhain, N.-L.: G. Schwarze, Gerberstraße 63.

Kitz: E. Bockermann, Mazellenstraße 10 (Gewerkstattshaus).

Plauen i. Vogt.: Philipp Datz, Seumesstraße 10, I.
Rudolstadt i. Th.: Paul Simon, untere Marktstraße 19, Hinterhaus.

Ulm a. D.: Konrad Köhle, Bodgasse 14, I.
Zeit: Arthur Keller, Donaliesstraße 44, I.

Amerika, U. S. A.:

Lithogr.-Verband: Zentralpräsident: Leop. Buxbaum, Chicago, Ills. U. S. A., 5021. Indiana Ave.

Rußland:

Petersburg: H. Burghardt, St. Petersburg P. S. Sittinskaja 20, Qu. 19.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Die Arbeitslage im polygraphischen Gewerbe im Jahre 1912.

In der »Solidarität«, der »Xylographenzeitung« und den »Neuen Graphischen Nachrichten« unseres österreichischen Bundesverbandes fanden wir folgenden in allen Blättern gleichlautenden Artikel. Obwohl wir eine eingehende Beleuchtung des Arbeitsmarktes im allgemeinen und besonders des Arbeitsmarktes im graphischen Gewerbe in ähnlicher Weise wie im vorigen Jahrgange nach dem Erscheinen der Arbeitsmarktsstatistik des »Korrespondenzblattes« beabsichtigen, wollen wir den erwähnten Artikel, der sich auf das »Reichsarbeitsblatt« stützt, unsern Kollegen nicht vorenthalten.

Die Redaktion.

Im »Reichsarbeitsblatt« des Kaiserlichen Statistischen Amtes wird vom Arbeitsmarkt im Jahre 1912 berichtet, daß das deutsche Wirtschaftsleben unter dem Zeichen einer blühenden Hochkonjunktur gestanden hat, die nach jeder Richtung ausgenutzt wurde. Das verflossene Jahr sei eines der günstigsten gewesen; die Besserung des Arbeitsmarktes, die sich im Jahre 1911 in den meisten Gewerben gezeigt habe, hätte sich im allgemeinen auch im Jahre 1912 fortgesetzt. — Von dieser Besserung war jedoch leider im polygraphischen Gewerbe sehr wenig zu spüren: im Gegenteil ist in allen graphischen Berufen in den letzten Jahren eine steigende Verschlechterung der allgemeinen Lage und vermehrte Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Dieses geht auch recht deutlich aus den Feststellungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes hervor. An dieses werden von allen Berufsverbänden, Krankenkassen usw. Berichte eingesandt, die amtlichseits verarbeitet und im »Reichsarbeitsblatt« veröffentlicht werden. In den nachfolgenden Ziffern sind die Ergebnisse der letzten Jahre zusammengestellt von sämtlichen graphischen Berufsverbänden, und zwar vom: Deutschen Buchbinderverband (fr. G.), Gewerkverein der graphischen Berufe (Hirsch-Dundersche Richtung), Zentralverband christlicher Arbeiter und Arbeiterinnen in den graphischen Gewerben und der Papierbranche, Verband der deutschen Buchdrucker (fr. G.), Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen (fr. G.), Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe (fr. G.), Notensetzerverband (fr. G.), Gutenbergbund (christlicher Buchdrucker) und Xylographenverband (fr. G.). — Die als fr. G. (freie Gewerkschaften) bezeichneten Verbände sind der Generalkommission aller freien Gewerkschaftsverbände angeschlossen.

Am Schlusse des Jahres 1912 hatten diese obengenannten graphischen Verbände zusammen 141618 Mitglieder; am Schlusse des Jahres 1911 waren es 136910 und am Jahreschlusse 1910 139530. Insgesamt ist sonach eine Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen; drei Verbände haben jedoch, wie noch zahlenmäßig bewiesen wird, infolge der großen Arbeitslosigkeit, wodurch sich viele Mitglieder veranlaßt sahen, dem Berufe den Rücken zu kehren und etwas anderes zu ergreifen, ziemlich viel Mitglieder verloren. — Fälle von Arbeitslosigkeit wurden im Jahre 1912: 69214 gezählt, im Jahre 1911: 61620, 1910: 61350. Die Gesamtzahl der Arbeitslosentage betrug im Jahre 1912: 1669320, 1911: 1347835, 1910: 1471665. Die Zahl der unterstützten arbeitslosen Personen am Ort und auf der Reise betrug im Jahre 1912: 63691, 1911: 57161, 1910: 63281. An Unterstützungen wurden an diese Personen von den obengenannten Verbänden insgesamt ausgezahlt im Jahre 1912: 2191758 Mk., 1911: 1719606 Mk., 1910: 1908551 Mk. Seit dem Jahre 1907 hat sich die Summe der ausgezahlten Unterstützungen verdoppelt, denn in diesem Jahre wurden nur rund 1 Million Mark verausgabt. Man ersieht aus diesen Ziffern, welche großen Anforderungen an die graphischen Berufsverbände infolge der Arbeitslosigkeit gestellt wurden und wie segensreich diese durch die Auszahlung dieser Unterstützungen gewirkt und

dem Staat und den Armenverwaltungen riesige Lasten abgenommen haben. Ferner muß darauf hingewiesen werden, daß mit Auszahlung dieser Arbeitslosenunterstützung die Leistungen der graphischen Verbände noch lange nicht erschöpft sind, denn die meisten zahlen auch noch Krankenunterstützung aus, und es dürfte außer den ausgezahlten hohen Summen an Arbeitslosenunterstützung noch ein sehr großer Teil der ausgezahlten Krankenunterstützungsgelder auf das Konto der Arbeitslosigkeit zu rechnen sein. Die Verbände der Buchbinder, Buchdrucker, Lithographen usw. und Notensetzer zahlen außerdem noch Invalidenunterstützung an im Berufe nicht mehr arbeitsfähige Mitglieder aus, und mancher ältere Arbeiter wird sich durch die schlechte Geschäftslage veranlaßt gesehen haben, sich als Invalide zu melden. Denn die an die menschliche Arbeitskraft gestellten Anforderungen werden täglich größer; junge Arbeiter gibts genug, weshalb die älteren, die früher noch mit beschäftigt wurden, jetzt mehr und mehr den jüngeren Platz machen müssen.

Wenn wir die Mitgliederzahlen und die von den einzelnen graphischen Verbänden verausgabte Arbeitslosenunterstützung in Betracht ziehen, so ergibt sich folgendes Bild: (Der Übersicht halber fügen wir die Zahlen von den Jahren 1911 und 1910 im Klammern bei.) Der Buchdruckerverband hatte am Ende des Jahres 1912: 67537 Mitglieder (1911: 64110, 1910: 59772) und zahlte im Jahre 1912 an 37903 Mitglieder (1911: 32133, 1910: 39188) zusammen 1659871 Mk. (1911: 1289155 Mk., 1910: 1453103 Mk.) Unterstützung für Arbeitslose am Ort und auf der Reise aus. Durch die andauernde große Arbeitslosigkeit und die dafür verausgabten steigenden Unterstützungen mußte der Verband vom 1. Januar d. J. ab eine Beitragserhöhung von wöchentlich 10 Pf. pro Mitglied eintreten lassen. — Der Buchbinderverband mit 33358 Mitgliedern (30886 bezw. 29152) zahlte im Jahre 1912 an 10132 Mitglieder (9983, 9645) 198368 Mk. (176673 Mk., 144545 Mk.) Arbeitslosenunterstützung aus. — Der Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe hatte am Schlusse des Jahres 1912: 16839 Mitglieder (1911: 17310, 1910: 17321) und zahlte an 10947 Mitglieder (11477 bezw. 10546) 219131 Mk. (187516 Mk., 227434 Mk.) Unterstützung für Arbeitslose am Ort und auf der Reise aus. — Der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiterverband mit 15903 Mitgliedern (17255, 16157) zahlte an 3434 Mitglieder (2576, 2583) 88002 Mk. (46787 Mk., 52413 Mk.) Arbeitslosenunterstützung aus. — Der Gutenbergbund mit 3296 Mitgliedern (3102, 3045) zahlte 1912 an 805 Mitglieder (559, 759) 17939 Mk. (9784 Mk., 17065 Mk.) Unterstützung an Arbeitslose aus. — Der Verband der christlichen Arbeiter in den graphischen Gewerben mit 2174 Mitgliedern (1737, 1527) verausgabte im Jahre 1912 an 277 Mitglieder (1911 an 208, 1910 an 219) 2657 Mk. (1911: 2440 Mk., 1910: 3099 Mk.) für Arbeitslosenunterstützung. — Der Gewerkverein der graphischen Berufe mit 1650 Mitgliedern (1653, 1655) hat nähere Angaben nur bis zum zweiten Quartal 1912 gemacht. Er zahlte in dem Halbjahre 1912 an 48 Mitglieder (im Jahre 1911 an 89, 1910 an 84) 1160 Mk. (2050 Mk., 1825 Mark) aus. — Der Notensetzerverband mit 443 Mitgliedern hat dem Reichsstatistischen Amt in den Jahren 1911 und 1912 keine näheren Angaben über die Arbeitslosigkeit gemacht, resp. nur von einem Arbeitslosenfall mit 18 Mark Unterstützung berichtet. Vom Jahre 1910 wurde berichtet, daß fast sämtliche 423 Mitglieder durch verkürzte Arbeitszeit infolge Arbeitsmangel in Mitleidenenschaft gezogen waren. — Der Xylographenverband hatte am Ende des Jahres 1912: 418 Mitglieder (1911: 433, 1910: 478) und zahlte im Jahre 1912 an 144 Mitglieder (1911 an 136, 1910 an 173) 4612 Mk. (1911: 5201 Mk., 1910: 6696 Mk.) Arbeitslosenunterstützung aus.

Im Durchschnitt entfielen auf je 100 Mitglieder im Jahre 1912 bei den Buchdruckern 14,4 Fälle von Arbeitslosigkeit (1911 waren es 12,7 und 1910: 14,1); bei den Lithographen, Steindruckern und verwandten Berufe waren es 13,7 Fälle (13,2 bezw. 12,5); bei den Buchbindern 12,0 (12,5 bezw. 12,3); bei den Xylographen 10,0 (11,0 bezw. 9,8); bei den Hilfsarbeitern 9,7 (8,5 bezw. 8,4); beim Gutenbergbund 5,3 (4,5 bezw. 4,9), beim christlichen graphischen Verband 3,0 (2,9 bezw. 3,5) und beim graphischen Gewerkverein entfielen im Jahre 1912 auf je 100 Mitglieder im Durchschnitt 2,9 Fälle von Arbeitslosigkeit (gegenüber 2,9 im Jahre 1911 und 3,4 im Jahre 1910).

Das ist das wirtschaftliche Resultat der letzten drei Jahre für das polygraphische Gewerbe Deutschlands. Zu beachten ist hierbei, daß die graphischen Arbeiter im allgemeinen sehr gut organisiert sind. Es bleiben aber immer noch genug Unorganisierte übrig, denen kein Schutz und keine Hilfe zur Seite steht. Was ist aus allen diesen Unglücklichen geworden? Denn es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß auch viele von ihnen arbeitslos gewesen sind, was aber in vorstehender Berechnung nicht mit festgestellt werden konnte. &

Die Berliner Handelskammer über das graphische Gewerbe im Jahre 1912.

Wir entnehmen dem Berichte der Berliner Handelskammer für das Jahr 1912 die folgenden, unser Gewerbe betreffenden Ausführungen:

Im **Farben Buchdruck** hatte der zu Ende 1911 abgeschlossene Lohnarbitr den Druckereibesitzern nicht unerhebliche Lasten auferlegt. Es war vielfach nicht möglich, trotz einer vom Deutschen Buchdruckerverein beschlossenen allgemein gültigen Preiserhöhung die aus dem Tarif entstandenen Mehrkosten völlig wieder auszugleichen, so daß die Geschäftsergebnisse des abgelaufenen Jahres trotz zum Teil außerordentlich lebhaften Geschäftsganges gegen das Vorjahr zurückstehen dürften. Nur ein dauernder weiterer innerer Ausbau des Gewerbes unter Berücksichtigung aller technischen Neuerungen und Erleichterungen kann ihm nützen, zumal da die ausländische Konkurrenz sich nach wie vor unangenehm fühlbar macht. Der Geschäftsgang war im allgemeinen sonst kein schlechter.

Die zum Schluß des vorjährigen Berichtes in Bezug auf den **Farbenlichtdruck** ausgesprochene Hoffnung auf günstigere Beschäftigung hat sich im Jahre 1912 nicht verwirklicht.

Beim **Kupferdruck** war die Gesamtlage von 1912 besser als die der letzten Jahre, sowohl im Hand- wie im Maschinenkupferdruck (Tiefdruck). Denn, obgleich der Arbeitsfeld abzugraben, so hat er bisher doch nur auf dem Gebiete billigerer Drucksachen, welche allerdings in großen Mengen herzustellen sind (Postkarten, Buch- und Zeitschriften-Illustration usw.), Anwendung gefunden. Es wurde darin auch viel Minderwertiges geboten, andererseits aber die enorme Anwendbarkeit des Tiefdrucks nachgewiesen und offenbar dem Verlangen nach feinstem Handpressen-Kupferdruck (sei es in Radierung, sei es in Photogravüre usw.) dadurch kein Abbruch getan.

Die **merkantile Lithographie** stand bei Beginn des Berichtsjahres unter dem Zeichen des seit drei Monaten währenden Streiks, und der Verlust des wichtigen Dezemberegeschäftes 1911 ließ den Wunsch auf baldige Beendigung des Ausstandes immer lebhafter zum Ausdruck kommen. Durch das feste Zusammenhalten aller größeren Firmen der Branche war es möglich, mit der Arbeiterschaft einen verhältnismäßig günstigen Vergleich zu schließen, ohne allerdings die Festlegung eines Tarifes, wie ihn das Buchdruckgewerbe hat, zu erreichen. Anfang Februar wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Von da bis Ende April gab es durch die während der Arbeitsruhe aufgesammelten Bestellungen reichliche und gute Beschäftigung, aber schon in den nächsten Monaten zeigte es sich, wie groß der durch die vier Monate des Streiks (in Berlin handelte es sich nicht um einen Streik, sondern um die Aussperrung der Arbeiter durch die Unternehmer, sodaß also nur letztere für den Schaden, den das Gewerbe durch die Arbeitsruhe erlitt, verantwortlich sind, verehrte »neutrale« Handelskammer! Red. d. »Gr. Pr.«) entstandene Schaden war; Aufträge gingen immer spärlicher ein, weil eine große Anzahl früher in Steindruck hergestellter Arbeiten durch Buchdruckausführungen ersetzt worden waren und vielfach trotz größter Bemühung nicht zurückerlangt werden konnten. Die Ausdehnung des Plakat- und Reklamewesens brachte zum Herbst wieder bessere Beschäftigung, die bis zum Ende des Jahres, an dem sich auch der Bedarf in Merkanalldrucksachen zu steigern pflegt, anhält. Es wäre somit Grund

zur Zufriedenheit, wenn sich nicht dauernd ein Rückgang der Preise bemerkbar gemacht hätte, der den Merkantildrucker zwang, um ihm die Verwertung des vorhandenen Gravürematerials zu ermöglichen, in vielen Fällen mit zu kleinem Nutzen zu arbeiten. Mehrfach sind in die Betriebe Zink-Rotationsmaschinen sowie Gummidruck (Offset-) Pressen eingestellt worden, die bei genauer Kenntnis und intensiver Ausnutzung eine Verbilligung der Fabrikation ermöglichen. Verschiedene Besitzer derartiger Maschinen bauten schon jetzt ihre Kalkulation auf der erhofften und von den Maschinenfabrikanten als erreichbar hingestellten Basis auf, ohne dabei die ganz bedeutenden Anschaffungskosten, die wesentlichen Verluste durch den Mangel an brauchbarem Personal zur Bedienung der Maschine, in Betracht zu ziehen. Da eine große Anzahl kleiner Betriebe, die früher durch die chromolithographische Branche in deren Blütezeit beschäftigt worden waren, sich jetzt der Not gehorchend dem Merkantilfache zugewandt hatte, ist trotz der fortwährend steigenden Arbeitslöhne (die leider nur in der lebhaften Phantasie der Handelskammer bestehen und von denen die Arbeiter rein gar nichts spüren! Red. d. »Gr. Pr.«), trotz der bedeutenden Verteuerung der Rohmaterialien und trotz der neuen Belastung für die Angestelltenversicherung die notwendige Preiserhöhung auch in dem geringsten Umfange nicht möglich gewesen.

In den früheren Berichten dargelegten Verhältnisse der chromolithographischen Branche, welche im wesentlichen unter ungünstigen Auslandszöllen leidet, haben auch in der abgelaufenen Geschäftsperiode keine wesentliche Änderung erfahren. Insbesondere war es noch nicht möglich durch Schaffung neuer Absatzgebiete oder neuer Artikel den Ausfall in der Absatzgelegenheit völlig auszugleichen. Erfreulicherweise hat der Inlandskonsum, insbesondere in Plakaten und Reklameartikeln, gegen das Vorjahr etwas zugenommen. Die Preise indessen, die für diese Aufträge angelegt werden, lassen nur einen sehr geringen Nutzen.

In der Spezialbranche der chromolithographischen Plakate, Reklame-Plakate im allgemeinen und Reklameartikel entwickelte das Geschäft und besonders das Exportgeschäft in den ersten Monaten des Jahres sich gut. Der türkisch-italienische Krieg hatte einen Einfluß nur im Geschäft nach Italien. Waren die Umsätze auch befriedigend, so läßt sich von den Preisen nicht das gleiche sagen. Sie wichen unter dem starken Wettbewerb fast überall. In verschiedenen Absatzländern erstarkte unter Zollschutz eigene Industrie, so daß sie den heimischen Bedarf an Reklameartikeln mehr und mehr selbst deckt.

Die Befürchtungen, die sich schon im vorhergehenden Jahre an die Entwicklung der Litho-Druckbranche knüpften, haben sich leider nur zu sehr erfüllt und sind zum Teil durch die Wirklichkeit noch übertroffen worden.

Im chemigraphischen Gewerbe hat sich die Geschäftslage gegen das Jahr 1911 nur wenig geändert und der Gesamtsatz ist etwa auf derselben Höhe wie im Vorjahre geblieben. Die Preise der Rohstoffe sind zwar noch etwas gestiegen, und auch die Löhne sind höher geworden, jedoch hat sich andererseits die Kundschaft allmählich an die durch die Konvention festgesetzten besseren Preise für Klischees gewöhnt, so daß der Reingewinn sich auf der früheren Höhe gehalten hat.

Aus dem Handelskammerbericht Berlin.

Gautag in Würzburg.

Während der Pfingstfeiertage hatten sich in der alten Main- und Weinstadt Würzburg die Vertreter der dem Gau Nordbayern angehörenden Mitgliedschaften sammelnd, um ihren vierten Gautag abzuhalten. Unsere Würzburger Kollegen hatten nichts versäumt, um den auswärtigen Delegierten das kurze Beisammensein so angenehm wie möglich zu gestalten. War schon die Wahl des hellen, sauberen Tagungsortes glücklich, so wurde den Augen recht angenehme Abwechslung geboten durch eine geschmackvoll arrangierte Drucksachenausstellung. Aus den in der Mehrzahl auf der Höhe der Zeit stehenden Druckerzeugnissen konnte manche Anregung geschöpft werden; besondere Beachtung verdienten sich eine Reihe prachtvoll ausgeführter Teppichmuster und Reklamemarken. Neben der ernsten Arbeit, die im Interesse unserer Organisation geleistet wurde, fand sich noch Zeit zur gemütlichen Unterhaltung. Es herrschte die vornehmlichste Stimmung unter den versammelten Kollegen; im Gegensatz dazu schien Gott Pluvius recht übler Laune zu sein, denn er ließ es ununterbrochen regnen. Nach dem Vortrage eines wirkungsvollen Liedes durch den Würzburger Arbeitergesangsverein eröffnete der Gauvorsitzende Kollege Billmann die Verhandlungen. Kollege Rees begrüßte die Erschienenen im Namen der Mitgliedschaft Würzburg und schilderte kurz die dort bestehenden Verhältnisse. Begrüßungsansprachen hielten noch Kollege Redakteur Barthel als Vertreter des Hauptverbandes, Kollege Meyer München als Delegierter des Gaues Südbayern, Genosse Wirsching als Vorsitzender des Gewerkschaftskartells Würzburg und Genosse Ruprecht als Vertreter der organisierten Druckerhilfsarbeiter. Ins Büro wurden vorgeschlagen und gewählt die Kollegen Billmann und Rees als Vorsitzende, zum Schriftführer

Kollege Kösser-Selb und in die Mandatsprüfungskommission die Kollegen Gerber-Nürnberg und Masemann-Schwabach.

Dem Geschäftsberichte der Gaukommission, welcher gedruckt vorlag und von den Kollegen Billmann und Ries-Fürth ergänzt wurde, war zu entnehmen, daß unser Gau 6 Mitgliedschaften mit 24 Nebenorten umfaßt. Bei der großen Bewegung 1911 standen die Kollegen in Nürnberg und Fürth im Streik, die in Würzburg und Schwabach waren ausgespart. Selb, Regensburg und die übrigen Orte blieben unberührt. Die Gaukommission wurde am häufigsten durch Würzburg in Anspruch genommen. In Kitzingen mußte eingeschritten werden wegen der unerfassenen Lehrlingszählerei, die dort betrieben wird. Statt aber unseren berechtigten Wünschen entgegenzukommen, maßregelte man einen unserer Kollegen. In Selb wurde der frühere Vorsitzende aus rein lächerlichem Grunde auf Pfarrer gesetzt. Das Verhalten einiger Auchkollegen machte es uns unmöglich, diese Maßregelung mit Erfolg zurückzuweisen. In Kulmbach und noch einigen anderen kleineren Druckorten bestehen die denkbar traurigsten Verhältnisse. Die Statistik über die Arbeitslosenunterstützung im Gau beweist, daß wir einer trostlosen Zeit entgegengehen und nichts unversucht lassen dürfen, um die Öffentlichkeit über die traurige Lage in unserm Berufe aufzuklären. Die Unternehmer tun das Gegenteil; in Nürnberg holt man sich die jungen Ausbeutungsobjekte schon aus den entlegensten Bauerndörfern.

Die Gauskasse schloß ab mit einer Einnahme von 2172,25 Mk. und einer Ausgabe von 1378,86 Mk., sodaß ein Kassenbestand von 793,39 Mk. vorhanden war.

An der Diskussion über den Geschäftsbericht beteiligten sich fast alle Delegierten. Es wurde gewünscht, daß die Generalversammlung mehr Mittel zum weiteren Ausbau unserer Lehrlingsabteilung zur Verfügung stellen möchte. In punkto Lehrlingsfrage hätte der Hauptvorstand den Mitgliedschaften erneut Material zusenden sollen. Die Agitation unter den Photographen mache wenig Fortschritte, der hohe Beitrag sei mit schuld daran. Der durch die Frage des Zentaltarifs entstandene Konflikt zwischen München und Nürnberg ist ausgearbeitet in persönlich gehässige Angriffe auf die Nürnberger Verwaltungsmitglieder. Was man da alles zu hören und zu lesen bekam, das überstieg die Grenze des Erlaubten. Sonderbare Ansichten scheinen im Süden zu bestehen über die Einheit und Geschlossenheit einer Arbeiterorganisation, über demokratisches Pflichtgefühl und Disziplin. Es muß bezweifelt werden, daß die Mehrzahl der Münchener Kollegen hinter diesen Treibereien steht, und aus den loyalen Erklärungen, die der südbayerische Delegierte, Kollege Meyer, zu dieser Angelegenheit abgab, geht hervor, daß es nur einzelne Personen sind, die den Zwist veranlaßt haben. Ich habe keinen Auftrag, das Vorgehen der Münchener Kollegen zu unterstützen, bemerkte Meyer einleitend, ich bin kaum unterrichtet davon, werde mir aber Gewißheit schaffen, wenn ich nach Hause komme, im Interesse des Ansehens der Münchener Mitgliedschaft. Dem Verbandstage in Stuttgart wird folgende Resolution, die einstimmig angenommen wurde, vorgelegt werden:

»Die Delegierten des Nordbayerischen Gautages 1913 in Würzburg nehmen Kenntnis von dem unberechtigten, durch nichts zu begründenden Vorgehen einiger Münchener Kollegen gegenüber der durch das Statut gewährleisteten Selbständigkeit der Mitgliedschaft Nürnberg. Sie verurteilen dieses Treiben als ein direkt anmaßendes, das auch von einer vollständigen Unkenntnis der Gesamtlage im Gewerbe und der dadurch bedingten Verschiedenartigkeit in Bezug auf Taktik in den einzelnen Orten zeugt. Sie stellen an die Generalversammlung das dringende Ersuchen, statutarisch Bestimmungen zu treffen, die klar zum Ausdruck bringen, daß die einzelnen Mitgliedschaften in ihrer Tätigkeit in erster Linie dem Hauptvorstand und Ausschuss verantwortlich sind.«

Ebenso wurden einige Anträge zum Bezirksstatut angenommen.

Über das Thema: »Die wirtschaftliche Lage und die technische Entwicklung in unserem Berufe« referierte Kollege Barthel-Berlin. Er führte aus, daß die Faktoren, die am Ruin unseres Gewerbes schuld tragen, mannigfacher Art sind. Durch die deutsche Zollpolitik ist uns der Auslandsmarkt zum größten Teil verloren gegangen; durch die Steuerpolitik wurde der Inlandsmarkt weitgehend eingeschränkt. Die Folge davon waren Einschränkung der Produktion und Massenarbeitslosigkeit. Hunderte von Kollegen wurden vom Beruf abgedrängt, viele gingen ins Ausland. Es kommen hinzu die Wirkungen der technischen Entwicklung. An der Hand von Druckerzeugnissen, die nach den neuesten Verfahren hergestellt wurden, demonstrierte der Referent, wie die manuelle Arbeit des Chromo- und Merkantilgraphen durch die modernen Anwendungsmittel nach und nach verdrängt wird. Durch Verbesserung der Formate und erhöhte Leistungsfähigkeit der Maschinen, die Einführung der Rotations- und Offsetmaschinen ist auch den Steindruckern viel Arbeitsgelegenheit genommen worden. Es wäre töricht, gegen den Fortschritt der Technik und die neue nach Vereinfachung drängende Geschmacksrichtung Stellung zu nehmen. Aber die Kollegen sollten erkennen, daß sich die Folgen

dieser Umwälzung nicht absehen lassen, und wir müssen uns bemühen, daß die Vorteile der technischen Neuerungen und Entwicklung auch uns mit zu gute kommen.

In der regen Diskussion wurde betont, daß die Lehrlinge universeller ausgebildet werden müssen, damit sie schon beizeiten einen Überblick über die technischen Anforderungen im Gewerbe erhalten. Es wäre gut, wenn die Generalversammlung in Bezug auf Festlegung der Arbeitsverhältnisse an den Offsetpressen eine Richtschnur geben würde. Wegen der Bedienung dieser Maschinen sollten wir schon jetzt eine Verständigung mit den Buchdruckern herbeiführen.

Der zweite Verhandlungstag wurde eingeleitet mit einem Referat des Kollegen Ries-Fürth über unsere Stellungnahme zum graphischen Industrieverband. Redner verwies auf den Beschluß unserer letzten Generalversammlung und betonte die Notwendigkeit eines engeren Zusammenschlusses. An der Debatte beteiligte sich auch der Vorsitzende des graphischen Kartells in Nürnberg, ein Buchdrucker, der ebenfalls im Sinne des Referenten und der Delegierten sprach. Ein Antrag Nürnberg wurde einstimmig angenommen, worin die Gaukommission beauftragt wurde, in allen in Betracht kommenden Orten des Gaues mit den übrigen graphischen Verbänden in Verbindung zu treten, um gemeinsame Versammlungen abzuhalten, die sich mit obigem Thema befassen.

Zu dem Punkt »Aufgaben unserer Generalversammlung in Stuttgart« referierte Kollege Barthel-Berlin. Hierzu waren verschiedene Anträge gestellt, die mit zur Beratung kamen. Im allgemeinen wendete man sich gegen die Einsetzung eines Rates; es genüge die jetzige Einrichtung der Gaulenleiterkonferenzen. An der Form der nachträglichen Einteilung der Extrasteuer wurde Kritik geübt. In ihrer Mehrzahl sind die Delegierten gegen jede Erweiterung der Unterstützungseinkünfte, ebenso gegen eine Beitragserhöhung.

Der nächste Gautag findet in Schwabach statt. Mit Dankesworten an die Würzburger Kollegen für ihre Gastfreundschaft und mit einem kräftigen Appell an die Delegierten wurde der Gautag geschlossen.

K.

Ortsberichte.

Barmen In unserer sehr gut besuchten Quartalsversammlung vom 26. April gab der Vorsitzende u. a. nochmals bekannt, daß das Umschulhalten, das in letzter Zeit besonders von durchreisenden Kollegen wieder stark geübt wurde, verboten ist. Ferner wurden fünf Kollegen gerügt, die beim Stellungswechsel den Arbeitsnachweis umgangen hatten. Nach der letzten statistischen Aufnahme ergab sich in 34 Anstalten mit 231 Gehilfen, und zwar 40 Lithographen und 191 Steindruckern, ein Durchschnittslohn von 30,39 Mk. Über das Ergebnis der Verhandlungen unseres Gaulenleiters und des Ortsvorsitzenden mit den hiesigen Firmen wegen Einführung der 53 stündigen Arbeitszeit wurde berichtet, das für 45 Kollegen insgesamt 84 1/2 Stunden Arbeitszeitverkürzung wöchentlich erzielt wurden; damit ist in unserer Mitgliedschaft bis auf einige kleine Anstalten die 48- bzw. 53 stündige Arbeitszeit allgemein eingeführt. Hierauf folgte der Ergänzungsbildbericht über die im vorigen Herbst eingeleitete Hausagitation; da jederfallig die Kollegenschaft interessieren wird, sei etwas näher darauf eingegangen. Die Einleitung einer außerordentlichen Hausagitation wurde im Spätsommer 1912 in einer kombinierten Vorstandssitzung der Mitgliedschaften Barmen und Elberfeld, an der auch der Gaulenleiter teilnahm, beschlossen, und zwar in Anbetracht der großen Zahl der Unorganisierten, die sich nach einer späteren Zählung auf 185 bezifferte. Von diesen wurde an ungefähr 80 Kollegen die »Graphische Presse« ein Vierteljahr lang geliefert. Ferner wurde ein dreigliedriges Agitationskomitee gewählt und gleichzeitig an die 80 Kollegen ein Zirkular mit der Mitteilung gesandt, daß sie von 2 Kollegen in nächster Zeit besucht werden würden, um über den Beitritt zum Verbande mit ihnen zu reden. Das Komitee führte die Hausagitation ganz systematisch durch mit dem Ergebnis am Quartalschluß, daß sich von den 80 Kollegen, die insgesamt 212 mal besucht worden waren, 25 dem Verbande angeschlossen hatten. Die Agitation wurde durch die Weihnachts- und Neujahrsfeiertage unterbrochen, im neuen Jahre aber sofort wieder energisch aufgenommen, sodaß in der letzten Versammlung weitere 12 Aufnahmen gemeldet werden konnten. Die Lehrlinge konnten wegen der großen Zahl der nichtorganisierten Gehilfen noch nicht in ausreichendem Maße bei der Agitation berücksichtigt werden; sie werden aber vom Komitee nicht vergessen und das Versäumte soll bald nachgeholt werden. Aber auch bei den Lehrlingen konnten schon 6 Neuaufnahmen erfolgen. Zweck dieses Berichts ist nun, allen anderen Mitgliedschaften eine solche Hausagitation warm zu empfehlen. Sie hatte bei uns weit größeren und nachhaltigeren Erfolg als die früher zur Agitation veranstalteten Geschäfts- und Bezirksversammlungen. Jedenfalls kann die Gewinnung von 37 Gehilfen und 6 Lehrlingen in verhältnismäßig kurzer Zeit als guter Fortschritt bezeichnet werden. Obwohl bei der Hausagitation die örtlichen Verhältnisse viel mitsprechen, so dürfte sie doch auch in vielen andern Mitglied-



Feuilleton.

Vom Büchertisch.

Geschichte der deutschen Steinsetzer-Bewegung von A. Knoll. Zweiter Band. Berlin 1913 Herausgegeben vom Zentralvorstand des Verbandes der Steinsetzer, Pfisterer und Berufsgenossen Deutschlands. Verlag des Verbandes der Steinsetzer, Berlin NW. 21, Wickestr. 17. 348 Seiten 80 und viele Tafeln. Preis gut gebunden 10 Mk.

Zu den bereits erschienenen Geschichtswerken über einzelne Zweige der deutschen Gewerkschaftsbewegung gesellt sich jetzt auch eine Geschichte der deutschen Steinsetzerorganisation, deren zweiter,

vom Vorsitzenden des Steinsetzerverbandes Gen. A. Knoll bearbeiteter Band kürzlich erschienen ist, während der erste und dritte Band in Jahresfrist nachfolgen sollen. Der vorliegende gut ausgestattete und inhaltreiche zweite Band behandelt die Geschichte der Berliner Steinsetzer-Gesellschaft von 1732 bis 1893 und umfaßt also einen Zeitraum von mehr als 160 Jahren. Er schildert den Lebensgang einer Zunftgesellenorganisation von der Stunde der Geburt bis zu ihrem Aufgehen in die moderne Gewerkschaftsbewegung, das sich bei den Steinsetzern erst zu einer Zeit vollzog, als die Arbeiterschaft der meisten anderen Industriezweige die zünftlerischen Ideen längst abgestreift hatte. Wertvolle alte Dokumente sind erhalten geblieben und haben in dem Buche, zum Teil in originalgetreuen Reproduktionen, einen Platz gefunden.

Das Urkundenmaterial hat weit über den Rahmen der Steinsetzerorganisation hinaus Beachtung zu beanspruchen. Seine gewissenhafte Bearbeitung macht die vorliegende Gewerkschaftsgeschichte zu einem Stück Kulturgeschichte, die längst vergangene Zeiten wieder frisch vor dem geistigen Auge des Lesers aufleben läßt. Das Buch hat dadurch auch einen bedeutenden Wert für die kulturgeschichtliche Forschung. Gleichzeitig bietet es einen weiteren Baustein für die noch zu schreibende große Geschichte der allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbewegung. Es wird von jedem Kulturhistoriker, von jedem Gewerkschafter und von jedem Freunde der modernen Arbeiterbewegung mit großem Interesse gelesen werden.

B.

Stellenangebote

Tüchtiger

Positiv-Retuscheur

zu baldigem Eintritt gesucht.

Aug. Schuler, Graph. Kunstanstalt, Stuttgart. [180]

Tüchtigen

Maschin.-Retuscheur

zu sofort oder später gesucht. [150] Ferd. Hegelmann, Magdeburg

Flotter Kopist,

in Kupfer und Zink bestens erfahren, wird gesucht. Hauffler & Wiest, Kunst-anstalt, Stuttgart, Kornbergstr. 44/46.

Infolge Erkrankung des von mir engagierten

la. Autoätzers und Nachschneiders

kann dieser nicht antreten und ich suche für diesen möglichst sofort Ersatz; ebenso ist der Posten des

Andruckers

noch frei. [390] Conrad Schönhals, Breslau 1.

Tüchtiger Drucker

für Bunt- und Schwarzauto gesucht von E. Schreiber, G. m. b. H., Stuttgart, Hackstr. 77. [150]

Farbätzer u. Andruker

suchen Bauer & Gernberg, Berlin N 54

Nachschneider,

der auch im Drucken und Montieren gut bewandert ist, zum sofortigen Eintritt gesucht. Offerten, mit Gehaltsansprüchen, Angabe des Alters unter Beilage von Zeugnisabschriften, an die A. G. Hallersche Buchdruckerei & Wagnersche Verlagsanstalt, Bern (Schweiz).

Stellengesuche

Nachschneider,

sucht Beschäftigung auf Galvanos und Stereotypie. Sturm, [150] Berlin, Bergmannstraße 110.

Verschiedenes

Graphische Fachklassen

Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-druck, Photomechanische Verfahren. Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekt frei. Kunstgewerbeschule Barmen

Wischwalzen-Schläuche

ohne Naht für Steindruck-Schnell-Pressen liefert

Edmund Behnisch, Luckenwalde.

Vertreter an allen größeren Plätzen. la. Zeugnisse.

Wirklich nicht erstklassig

sind Tanglethäute, die braun werden o. wegen flachen Reliefs nur leicht freihändig eingewalzt werden dürfen. Der Neuzeit entsprechende moderne Tanglethäute liefert in 335 Dessins Franz Trommer, Leipzig, Bülowstr. 8.



Roulett., Fadenstichel

Fräser u.s.w.

in bester Aus-führung fert. an Carl Neumann, vormals G. König, Berlin SO., Mantuffelstr. 31.

Wollen Sie Ihr Inserat

pünktlich erscheinen lassen, so senden Sie es direkt an die Expedition.

Fachliteratur.

Der praktische Umdrucker.

Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamt-gebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf

Alois Senefelder und die Erfindung der Lithographie.

Von Fritz Hansen. Preis inkl. Porto 50 Pf.

Der Aluminiumdruck (Algraphie).

Von K. Welland. Preis inkl. Porto 85 Pf

Zu beziehen durch:

Conrad Müller, Schneiditz

Verbandsnachrichten

Zur Beachtung!

Teile den Kollegen mit, daß vom 20. Juli bis 15. September ds. Js. meine Adresse als [270]

Auskunftserteiler f. Indien, Leipzig-Thonberg, Hoferstraße 6, III ist. Willy Volandt.

Die Verwaltung der Druckerfiliale der Mitgliedschaft Nürnberg ersucht die Kollegenschaft um baldige Mitteilung des Aufenthaltsortes des Koll.

Michael Dietrich,

Steindr. Diesbezügliche Mitteilungen an unseren Vorsitzenden Fritz Billmann, Ottstraße 511. erbeten.

Kölna.Rh. Chemigr.!

Auskunftserteiler:

Willy Unger, Köln-Nippes, Neußersstraße 356 a.

Um die Adresse des Kollegen

Herm. Debitsch

Lithograph, Buch-Nr. 22369, bittet betr. dringender Mitteilung der Vorstand der Zahlstelle Schramberg, Arthur Tanzmann, Schramberg, (Würtb.) Lauterbachstraße.

Totenliste.

† Am 17. März in Fürth i. B. Georg Timper, Lithograph aus Wunsiedel (Oberfranken), 41 Jahre alt, an Blutsturz. — Eingetreten in Fürth i. B. am 26. November 1894.

† Am 19. März in Detmold Heinrich Wiese, Steindrucker aus Wieberg, 39 Jahre alt, an Herzschlag. — Eingetreten in Detmold am 24. Juni 1900.

† Am 21. März in Berlin Julius Kandelhardt, Steindrucker aus Berlin, 63 Jahre alt, an Herzleiden, Invalide seit 8. März 1909. — Eingetreten in Berlin am 20. August 1893.

† Am 21. März in Berlin Eugen Hollmann, Steindrucker aus Hamburg, 71 Jahre alt, an Arterienverkalkung, Invalide seit 3. Oktober 1909. — Eingetreten in Hamburg am 1. Januar 1893.

† Am 21. März in Bonn Adolf Werner, Steindrucker aus Turn bei Teplitz, 27 Jahre alt, an Blutsturz. — Eingetreten in Stettin am 2. Juni 1912.

† Am 21. März in Leipzig Karl Zähler, Steindrucker aus Leipzig-Kleinzschocher, 20 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 26 Wochen — Eingetreten in Leipzig am 16. April 1911. Vorher Mitglied in der Lehrlingsabteilung seit 6. Dezember 1908.

† Am 27. März in Leipzig Ernst Paul, Lithograph aus Probstheida b. Leipzig, 32 Jahre alt, an Lungenleiden, Invalide seit 21. November 1912. — Eingetreten in Frankfurt a. M. am 17. Februar 1901.

† Am 28. März in Berlin Wilhelm Merkendorf, Lithograph aus Salow Kreis Teltow, 46 Jahre alt, an Zuckerkrankheit, krank 17 Wochen 5 Tage. — Eingetreten in Berlin am 22. Juni 1902.

† Am 9. April in Leipzig Georg Werner, Steindrucker aus Probstheida b. Leipzig, 29 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 34 Wochen. — Eingetreten in Leipzig am 20. Juli 1902.

† Am 10. April in Berlin Waldemar Schewe, Steindrucker aus Berlin, 45 Jahre alt, an Brustfell- und Lungenleiden, krank 6 Tage. — Eingetreten in Berlin am 18. Dezember 1902.

† Am 11. April in Hamburg August Richter, Steindrucker aus Magdeburg, 75 Jahre alt, an Altersschwäche, Invalide seit 14. Juni 1903. — Eingetreten in Hamburg am 1. Oktober 1876.

† Am 15. April in Detmold Wilhelm Nelsbach, Steindrucker aus

Düsseldorf, 58 Jahre alt, an Rückenmarksleiden, Invalide seit 2. September 1904. — Eingetreten in Detmold am 2. September 1894.

† Am 19. April in Leipzig Reinhold Kaatzsch, Chemigraph aus Leipzig-Volkmarisdorf, 44 Jahre alt, an Gehirnkrankheit, krank 52 Wochen. — Eingetreten in Leipzig am 2. Januar 1904.

† Am 21. April in Hamburg Julius Schwenke, Steindrucker aus Wandsbeck, 47 Jahre alt, an Rippenfell- und Lungenentzündung, krank 11 Wochen und 4 Tage. — Eingetreten in Wandsbeck am 8. Juni 1902.

† Am 21. April in Berlin Gustav Hamel, Lichtdrucker aus Berlin, 61 Jahre alt, an chronischer Nierenentzündung, Invalide seit 3. März 1912. — Eingetreten in Berlin am 1. Dezember 1895.

† Am 16. April in Fürth i. Bay. Alfons Stortz, Lithograph aus Lahr i. Bad., 33 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 52 Wochen. — Eingetreten in Fürth i. Bay. am 12. Juni 1904.

† Am 24. April in Berlin Eduard Müller, Steindrucker aus Magdeburg, 70 Jahre alt, an Herzleiden, Invalide seit 29. November 1903. — Eingetreten in Berlin am 7. Januar 1893.

† Am 27. April in Leipzig Karl Syrbe, Lithograph in Leipzig, 32 Jahre alt, an Nierenleiden, krank 18 Wochen 2 Tage. — Eingetreten in Dresden am 2. Juli 1901.

† Am 30. April in Crefeld Friedrich Spörel, Lithograph aus Dessau, 59 Jahre alt, an Darmkrebs, krank 41 Wochen. — Eingetreten in Crefeld am 4. Mai 1894.

† Am 1. Mai in Berlin Emil Völker, Steindrucker aus Berlin, 54 Jahre alt, an Magenkrebs, krank 52 Wochen. — Eingetreten in Berlin am 4. September 1899.

Ehre ihrem Andenken!

Der Hauptvorstand.

Zur gef. Beachtung! Wir bitten sämtliche Ortsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedsbuches und der Sterbe-Urkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien (Rufvornamen, Geburtstag und -jahr) mitteilen.

Der Hauptvorstand.